

ANALYSE zum Blutbad in Nizza und zur Frage, ob der Attentäter tatsächlich ein Islamist war

Genau diese Reaktionen will der IS erreichen

Der Attentäter von Nizza war Muslim, er kam aus Tunesien. Klar, dass sofort fieberhaft nach Zusammenhängen mit dem internationalen islamistischen Terror gefahndet wurde und entsprechende Spekulationen die Runde machten. Frankreichs sozialistischer Regierungschef Manuel Valls sagte: «Das ist ein Terrorist, der zweifellos mit dem radikalen Islamismus verbunden war.» Und auch Präsident François Hollande legte sich relativ rasch auf die Terrorismus-These fest.

Es gibt nur vage Indizien, welche diese Theorie stützen, allen voran das «Bekenntnis» der Terrororganisation «Islamischer Staat» (IS). Diese liess am Samstag über das Internet verbreiten, Mohamed Lahouaiej-Bouhlel sei «ein Soldat» des IS gewesen und habe die Anweisung befolgt, Bürger jener Staaten zu töten, welche Krieg gegen den IS führen.

Das Massaker von Nizza wirkt ausserordentlich primitiv

Vieles spricht jedoch gegen einen islamistischen Hintergrund. Verglichen mit den Attentaten letztes Jahr in Paris und im Frühling in Brüssel wirkt das Massaker von Nizza ausserordentlich primitiv. Die Schlächterei im Nachtlokal «Bataclan», in vielen Strassencafés und vor dem Stade de France mit 119 Toten und mehreren



Artur Vogel
«Wir vermindern die Terrorgefahr nicht, indem wir in Panik geraten.»

hundert zum Teil schwer Verletzten am 13. November 2015 war eine detailliert geplante Terroroperation mit diversen Akteuren, einem minutiösen Operationsplan und einem beträchtlichen Waffenarsenal. An den Anschlägen in Brüssel am 22. März 2016 gegen den Flughafen und eine U-Bahn-Station mit 33 Toten waren mindestens vier Terroristen beteiligt, von denen sich drei mit Sprengstoffgürteln in die Luft sprengten. Der Täter von Nizza hingegen besass, neben Waffenattrappen, nur den Renault-Lastwagen und eine Handfeuerwaffe von kleinem Kaliber.

Der Attentäter war offenbar kein gläubiger Muslim

Diverse Zeugenaussagen, unter anderem von Angehörigen in der Region Sousse in Tunesien, legen nahe, dass Mohammed Lahouaiej-Bouhlel kein gläubiger Muslim war: Er hielt sich nicht an religiöse Regeln, fastete während des Ramadan nicht, trank Alkohol und nahm Drogen (siehe Artikel unten). Innenminister Bernard Cazeneuve sagte im privaten französischen Fernsehsender TFI, der Mann sei «den Geheimdiensten nicht für Aktivitäten in Verbindung mit dem radikalen Islamismus bekannt» gewesen. Bis zum allfälligen Beweis des Gegenteils ist die Vermutung am plausibelsten, dass Lahouaiej-Bouhlel zwar im Sinn des IS zugeschlagen hat, aber ohne direkte Anweisung.

Dass sich der IS mit Taten brüstet, die nicht in seinem Auftrag und nicht von Islamisten begangen wurden, besagt allerdings gar nichts. Denn sie passen exakt in die Strategie der Terrororganisation ausserhalb «ihres» Territoriums in Syrien, im Irak und in Libyen: Demokratische Gesellschaften sollen destabilisiert, traumatisiert und zu extremen Reaktionen provoziert werden. Mit jedem Anschlag, ob mit den ausgeklügelten von Paris und Brüssel oder dem brutal-primitiven von Nizza scheint diese Strategie neue Früchte zu tragen: Dass Präsident Hollande den Ausnahmezustand nach dem Blutbad vom 14. Juli um drei Monate verlängerte, nachdem er wenige Stunden zuvor dessen Beendigung angekündigt hatte, ist eine nachvollziehbare, wenngleich untaugliche Reaktion. Viel schlimmer sind Entwicklungen wie jene, welche Patrick Calvar befürchtet, der Generaldirektor der französischen Inneren Sicherheit. Bei einer Befragung durch Parlamentarier malte er das Szenario eines Bürgerkriegs an die Wand, in welchem rechtsradikale Trupps gezielt Muslime massakrieren.

Terror erzeugt Angst und kann traumatische Folgen haben. Die Gefahr besteht, dass er, ganz im Sinn der radikalen Islamisten, demokratische Gesellschaften zu Handlungen veranlasst, die mit Demokratie unvereinbar sind. Schon werden in

Frankreich Forderungen laut, alle Salafisten zu internieren. (Den Behörden sind rund 10 000 bekannt.) Marine Le Pen, die Chefin des Front National, verspricht ein hartes Durchgreifen und spürt Aufwind für die Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr. Und US-Präsident Donald Trump will keine Muslime mehr ins Land lassen.

Man kann den zersetzenden Ideen der Islamisten nur durch Gelassenheit beikommen. Wir vermindern die Terrorgefahr nicht, indem wir in Panik geraten, unsere Institutionen schwächen und der Sicherheit zu viel unserer Freiheit opfern. Und man darf, auch in einem solchen Augenblick, getrost die Proportionen im Auge behalten: 84 getötete Frauen, Kinder, Männer sind eine schreckliche Bilanz; die Bilder aus Nizza wühlen auf; Hass- und Rachegefühle sind verständlich. Doch 2015 gab es in Frankreich 3461 Verkehrstote, ein Jahr zuvor in Belgien 727. Das nehmen wir in Kauf, ebenso, wie wir mindestens auf absehbare Zeit den Terrorismus in Kauf nehmen müssen.

Das heisst natürlich nicht, dass wir nicht in beiden Fällen alle demokratisch legitimierte Massnahmen dagegen ergreifen sollten.

ausland@azmedien.ch

Paris ruft «Patrioten» zu den Waffen

Frankreich Hinter dem Attentat von Nizza steckte womöglich nicht nur ein suizidärer Einzeltäter. Die Ermittlungen gegen allfällige Komplizen laufen auf Hochtouren.

VON STEFAN BRÄNDLE, NIZZA

Das Leben muss weitergehen - jetzt erst recht: Mit dieser trotzig Haltung kehrten am Wochenende zahllose Einwohner und Touristen bei strahlendem Sonnenschein auf die Promenade des Anglais in Nizza zurück, wo am französischen Nationalfeiertag 84 Menschen in einer Amokfahrt umgekommen waren. In den Spitalern der Stadt kämpften gestern Sonntag immer noch 18 Schwerverletzte um ihr Leben; 300 kurieren ihre Blessuren oder ihren Schock.

Für sie alle ist es vielleicht nicht mehr so wichtig, warum es zu dieser Horrornacht kommen musste. Aber sie wollen dennoch «wissen». Die Konturen des Tatmotivs wurden gestern Sonntag etwas klarer. Die These vom aggressiven und deprimierten Einzeltäter, der möglichst viele Menschen mit in den Tod reissen wollte, scheint nicht mehr haltbar. Die französische Polizei ermittelt im Umfeld des Täters und sucht nach möglichen islamistischen Kontakten. Zu vier Verhafteten kamen zwei weitere dazu. Einer von ihnen soll mit Lahouaiej-Bouhlel am Tag der Tat in telefonischem Kontakt gestanden haben. Französische Medien berichteten, der 31-jährige Chauffeur habe ihm kurz vor der Horrorfahrt ein SMS geschickt, in dem er um «mehr «Waffen» ersucht habe. Warum in der Fahrerkabine - neben einer richtigen 7,65-Millimeter-Pistole - auch Imitationen von Schusswaffen gefunden wurden, ist allerdings noch nicht erklärt.

«Sehr schnell radikalisiert»

Der französische Premierminister Manuel Valls erklärte der Sonntagszeitung «Journal du Dimanche», erste Indizien deuteten darauf hin, «dass sich der Attentäter sehr schnell radikalisiert» habe. Die Zeitung «Le Monde» berichtete, der Chauffeur habe weder gebetet noch den Ramadan begangen; auch habe er bis zum Schluss Alkohol getrunken und Schweinefleisch gegessen. Das könne allerdings auch eine



Blumen, Kerzen und Kinderspielzeug am Ort des Massakers in Nizza.

Verschleierungstaktik eines IS-Mitläufers gewesen sei, schätzt das Pariser Blatt. Mit Bezug auf Ermittlerkreise schreibt «Le Monde» weiter, der tunesische Attentäter habe auch Kontakte zu einem Dschihadisten aus Nizza gepflegt. Es soll sich um Omar Diaby handeln, der den französischen Geheimdiensten bestens bekannt ist: Er soll in den Nordquartieren der mediterranen Stadt mehrere Dschihad-Reisende nach Syrien vermittelt haben.

Regierung unter grossem Druck

Dass diese Informationen sehr rasch an die Öffentlichkeit gelangen, hat seinen Grund zweifellos auch im enormen Druck, unter dem die Behörden und die Regierung stehen. Sie begegnen damit auch den Vorwürfen der Rechtsopposition, die sich anders als bei den Pariser Grossattentaten von 2015 nicht mehr zurückhält. Der konservative Bürgermeister von Nizza, Christian Estrosi, hatte schon am Morgen nach dem Anschlag moniert, seine diversen Gesuche um stärkere Polizeipräsenz seien von Paris nicht einmal beantwortet worden. Die Rechtsextremistin Marine Le Pen forderte die Regierung «im Namen aller französischen Patrioten» auf, sich «nicht mehr nur auf einen Krieg der Worte zu beschränken».

Der sozialistische Innenminister Bernard Cazeneuve konterte am Wochenende, indem er «alle Patrioten» aufrief, die Reihen der 12 000 Mitglieder zählenden Reservetruppe der französischen Armee zu schliessen. Sie sollen die 10 000 im Einsatz stehenden Berufsmilitärs bei ihren Kontrollen und Patrouillen im ganzen Land unterstützen. Dass sich der Minister ausdrücklich an die «Patrioten» wandte, zeigt auch das Bemühen, diesen Ausdruck nicht nur der Rechten zu überlassen.

Der sehr politische Schlagabtausch macht zudem klar, dass die Vorkampagne für die Präsidentschaftswahlen von Mai 2017 bereits begonnen hat. Selbst der eher gemässigte Favorit der konservativen Republikaner, Alain Juppé, erklärte, das Attentat wäre «nicht möglich gewesen, wenn alle Massnahmen ergriffen worden wären». Präsident François Hollande darf sich angesprochen fühlen. Premierminister Manuel Valls konterte, die von Juppé geforderten Zusatzmittel für Polizei, Geheimdienste und Verbände zur «Entradikalisierung» seien von ihm längst mobilisiert worden.

Syrien

Armee schneidet Einwohnern von Aleppo Fluchtweg ab

Syrische Regierungstruppen und ihre Verbündeten haben die wichtigste Nachschubroute in die von Rebellen gehaltenen Stadtviertel von Aleppo übernommen. Die Bewohner können offenbar nur noch über unsichere Feldwege aus der Stadt fliehen. Dies teilte die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte gestern Sonntag mit. Bewohner von Aleppo bestätigten der Nachrichtenagentur DPA, dass die regimetreuen Truppen die vollständige Kontrolle über die Strasse hätten.

Vor zehn Tagen hatten die Regierungstruppen die Offensive auf Aleppo gestartet. Zwischen 200 000 und 300 000 Menschen sind nach Angaben der Menschenrechtsbeobachter in den östlichen Vierteln der ehemals grössten Stadt Syriens eingeschlossen. Ihnen droht nun eine längere Belagerung. Aleppo ist seit Beginn des Bürgerkrieges heftig umkämpft und seit Mitte 2012 geteilt: Der Westen der Stadt wird von der Regierung gehalten, der Osten von Aufständischen. (SDA)

NACHRICHTEN

BRASILIEN

Schlechte Noten für Interimspräsident Temer

Knapp drei Wochen vor Beginn der Olympischen Sommerspiele ist die brasilianische Übergangsregierung extrem unbeliebt. Nur 14 Prozent der Wahlberechtigten bescheinigen Interimspräsident Michel Temer eine gute Amtsführung. Das ist kaum besser als der Wert, den die derzeit suspendierte Präsidentin Dilma Rousseff im April erzielte (13 Prozent). (SDA)

GROSSBRITANNIEN

Regierung will möglichst schnell neue Abkommen

Die neue britische Regierung dringt auf eine rasche Klärung wichtiger Handelsbeziehungen nach dem Brexit-Votum. Handelsminister Liam Fox kündigte in der «Sunday Times» Neuverhandlungen mit Partnerländern an. Dazu werde er bald in die USA reisen. (SDA)